

PARLAMANTARISCHER AUFTRAG Sachkommission Gesundheit und Soziales (SGS) betr. Soziale Wohnpolitik

Wortlaut:

„Ausgangslage

Im Leitbild der Gemeinde Riehen (2000 - 2015) wird bei den Massnahmen im Bereich „soziale Sicherheit“ (S. 13) festgehalten, dass „der Wohnproblematik einkommensschwacher Bevölkerungskreise mit konkreter Hilfe begegnet werden soll“. Im Bereich „Siedlung“ fehlen jedoch Zielformulierungen oder Massnahmen für eine soziale Wohnpolitik.

In der Strategie des Gemeinderats für gemeindeeigene Immobilien vom 9. Juni 2009 sind Ansätze einer sozialen Wohnpolitik erkennbar:

- „Wir stellen dabei sicher, dass innerhalb unseres Portfolios ein angemessenes Angebot an preiswerten und familienfreundlichen Wohnungen erhalten bleibt“ (S. 3: 2.2. Portfoliobewirtschaftung)
- „Um den familienfreundlichen Wohnungsbau zu fördern, kann bei genossenschaftlichem Wohnungsbau ein reduzierter Ansatz des Marktpreises für das Baurecht berücksichtigt werden (S. 3: 2.4 Baurechte)

In den übergeordneten Bewirtschaftungszielen (S. 2) der Strategie wird aber auch festgehalten, dass die Bewirtschaftung der Immobilien nicht Bestandteil der kommunalen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ist.

Mit der Nichtverlängerung des Baurechtsvertrags für die Liegenschaften am Hirtenweg 16-28 (vgl. Beschluss des Einwohnerrates vom 12. Mai 2009) verlor die Gemeinde günstigen eigenen Wohnraum. Anlässlich der Behandlung dieser Vorlage stellte der zuständige Gemeinderat in Aussicht, dass die durch den Eigentümer (Immobilien Basel-Stadt) an die Gemeinde Riehen zu bezahlende Heimfallentschädigung (ca. CHF 4 Millionen) für die Förderung der sozialen Wohnpolitik eingesetzt werden kann.

Die Sachkommission Gesundheit und Soziales kommt zum Schluss, dass die Gemeinde aktuell über keine Strategie zur Umsetzung der unbestrittenen Zielsetzungen einer sozialen Wohnpolitik sowohl bei den gemeindeeigenen Wohnungen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich verfügt. Angesichts der hohen Bodenpreise und Mieten in unserer Gemeinde erachtet sie dies als notwendig.

Parlamentarischer Auftrag

Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat bis Ende 2011 einen Bericht vor, in welchem ein Konzept zur Förderung einer Sozialen Wohnpolitik beschrieben wird sowie konkrete Massnahmen zu dessen Umsetzung vorgeschlagen werden.

An der SGS-Sitzung vom 7. April 2011 einstimmig verabschiedet.“

Riehen, 8. April 2011

Im Namen der Sachkommission:
Dr. Christian Griss, Präsident SGS